

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. (bei Haus, bei Postbestellung 1,30 RM., zuzüglich Verfrachtg., Einnahmewesen 10 Pf.). Alle Postanträge, Poständerungen und Geschäftsstellenänderungen entgegen. Im Abzug oder sonstiger Weise eingehende Bestellungen werden nicht angenommen. — Abbestellung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Vorab bezahlt.

Verlagspreis: Die 4spaltige Normseite 20 Pf., die 4spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. (einmalige, die 2spaltige Normseite im letzten Teile 1 RM.). Nachverrechnungsbillets sind nicht zulässig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 132 — 91. Jahrgang Teleg.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 8. Juni 1932.

Kupfer und Salpeter.

An und für sich würde für die Welt eine Revolution in Chile etwa von demselben Interesse sein wie eine solche in Bolivien, Argentinien oder einem der sonstigen, nicht gerade revolutionsunbewohnten Staaten Süd- und Mittelamerikas. Aber wenn man den von dort herkommenden Nachrichten trauen kann, so handelt es sich in diesem lang an der Westküste Südamerikas hingestreckten Staate doch um mehr als nur um eine der landesüblichen Revolutionen, in denen Politiker oder Generale um die Macht kämpfen. Sondern es scheint die erste gewaltsame Eruption gegen den Druck und die zerstörende Wucht der Weltwirtschaftskrise zu sein, von der Chile in einem ganz besonders starken Maße betroffen worden ist und mit der man unter dem jetzigen Weltwirtschafts-System — wenn man heute überhaupt noch von einem System sprechen kann! — einfach nicht fertig zu werden schien. Chile ist festgerannt in seinen ungeheuren Beständen an Salpeter und Kupfer.

„Chilesalpeter“ — das war einst der Hauptreichtum dieses Landes, das die Ausfuhr dieses Düngemittels durch einen kräftigen Zoll zur Grundlage der Staatsfinanzen zu machen vermochte. Und alles ging gut und schön, alle Welt kaufte — und mußte kaufen — diesen Chilesalpeter, bis die Chemie durch die Erfindung des künstlichen Stickstoffs für die schwersten Bedrohung für Chile wurde. Ebenso für die amerikanisch-englischen Gesellschaften, die in der die gesamte chilenische Salpeterindustrie vereinigt war. Verhandlungen mit den anderen stickstoffproduzierenden Ländern, wie besonders Deutschland, wo die IG-Farbenindustrie längst einen gewaltigen Erzeugungssapparat aufgebaut hatte, zerbrachen sich an den recht unbescheidenden Forderungen der Chilenen, besser gesagt: der dort alles beherrschenden Amerikaner, und zwar mit dem Erfolg, daß jene „Compagnie de Salitre de Chile“ völlig versagte, in die größten Zahlungsschwierigkeiten geriet und auf Salpetervorräten steht, die etwa dreimal so groß sind wie der Gesamtabsatz des vergangenen Jahres, also über 600 000 Tonnen. Dabei hatte man 1931 die Erzeugung schon auf die Hälfte des Vorjahres zurückgeschraubt. Der Staat Chile selbst hat sich ja daher auch genötigt gesehen, seine Zahlungen an ausländische Gläubiger einzustellen, nachdem vor zweieinhalb Monaten schon der Goldstandard für die Währung aufgegeben worden war.

Beim Kupfer steht es ebenso, vielleicht noch schlechter aus. Chile ist der zweitgrößte Kupfererzeuger der Welt und dabei spielen die New Yorker Finanzfürsten Suggenheim — die übrigens auch den Salpetertrust „Cofach“ beherrschen — eine entscheidende Rolle. Nun gibt es auf der ganzen Welt ein Übermaß von Kupfervorräten, und selbst tiefsteinschneidende Einschränkungen der Produktion konnten es nicht verhindern, daß der Preis für Kupfer ins Bodenlose sank. Damit aber auch wieder die Einnahmen Chiles aus dem Kupferausfuhrzoll. Das einzige, was ins Katastrophale stieg, war die Arbeitslosigkeit in Chile, — höchstens noch die durchaus berechtigte Furcht, daß sich diese Arbeitslosigkeit dann noch beträchtlich vermehren würde, wenn nun erst die „Cofach“ saniert, d. h. sie zum größten Teil oder ganz die Salpeterindustrie bis auf weiteres stilllegen würde. In diese Industrie ist aber erst im vergangenen Jahre bei ihrem völligen Umbau ein Kapital von 1,5 Millionen Mark hineingesteckt worden, und man kann sich nun vorstellen, wie es auf die Börsen und Großbanken in New York und London wirken muß, wenn tatsächlich die vagen „Sozialisierungspläne“ der — heutigen — Regierung durchgeführt werden sollten.

Aber auch deutsches Vermögen in Chile ist durch die letzten und allerletzten Entwicklungen schwer betroffen, da deutsches Geld und deutsche Arbeit einen immerhin recht breiten Raum in der dortigen Salpeterindustrie einnahmen. Allerdings ist dies schon im Vorjahre durch die „Cofach“ an die Wand gedrückt worden; so haben wir in Chile nicht mehr allzuviel zu verlieren. Unsere Ausfuhr nach Chile betrug 1931 etwa 65 Millionen.

Die chilenische Revolution ist also die unmittelbare Folge des furchtbaren Rohstoffüberschusses, der ja wie eine Betondecke über der ganzen Welt liegt. Durch etwaige Verstaatlichung namentlich der Salpeterindustrie und an deren Niederkunft praktisch nichts geändert, denn heute ist die Erzeugung des Nebenproduktes, während sich alles um die Absatzfrage dreht und vorläufig noch auf unabsehbare Zeit drehen wird.

Das Konferenzgedränge.

Abrüstung — Tribute — Weltreise.

Mit den drei großen internationalen Konferenzen, der Abrüstungskonferenz in Genf, der Tributkonferenz in Lausanne und der Weltkrisenkonferenz in London, die in der nächsten Zeit stattfinden sollen, kommt man jetzt ins Gebirge. Ihre Aufgaben berühren und überschneiden sich teilweise so innig, daß es schwerfällt, sie nebeneinander und ineinander zu schärfen. Entscheidende Befreiungen über die Weiter-

Preußen und das Reich.

Vorzeitige Einberufung des Preussischen Landtags.

Ein Schreiben von Papens an den Landtagspräsidenten. Im Vordergrund der Innenpolitik Deutschlands steht gegenwärtig die Frage: Preußen und das Reich. Der Reichsregierung von Papens ist daran gelegen, daß möglichst schnell eine verfassungsmäßig sanktionierte verhandlungsfähige Regierung in Preußen am Ruder ist, damit wichtige schwebende Fragen für deren Erledigung die Mitarbeit Preußens notwendig ist, sobald wie möglich geregelt werden können.

Reichskanzler von Papens hat daher an den Präsidenten des Preussischen Landtages, Kerl, ein Schreiben gerichtet, in dem der Kanzler den Präsidenten bittet, sich dafür einzusetzen, daß der Preussische Landtag, der nach den bisherigen Vereinbarungen erst am 22. Juni wieder zusammentreten sollte, früher einberufen werde. Der Reichskanzler begründete diese Bitte damit, daß zwischen dem Reich und Preußen gegenwärtig verschiedene wichtige Angelegenheiten, besonders Finanzfragen zu verhandeln seien und daß er es für besser halte, wenn diese Verhandlungen auf preussischer Seite nicht von einem geschäftsführenden, sondern von einem nach verfassungsmäßigen Grundsatzen gebildeten ordentlichen Kabinett geführt werden können. Präsident Kerl hat sofort den Ältestenrat des Preussischen Landtages auf Freitag, den 10. Juni, einberufen. In dieser Sitzung des Ältestenrates soll die Entscheidung über eine frühere Einberufung des Preussischen Landtages getroffen werden.

Besprechungen über die Regierungsbildung

Darüber hinaus hatte Präsident Kerl Besprechungen mit den Vertretern der Deutschnationalen und des Zentrums über die Lage, wie sie sich nach dem Schreiben des Reichskanzlers von Papens an den Landtagspräsidenten gegenwärtig in Preußen ergibt. Es ist anzunehmen, daß bei der Erörterung der Regierungsbildung in Preußen besonders die Frage besprochen werde, wer für den Posten des preussischen Ministerpräsidenten in Aussicht genommen werden könnte. Es hat den Anschein, als ob auf diesem Wege tatsächlich eine Lösung der Regierungsfrage in Preußen möglich ist. Das Zentrum scheint unter Umständen bereit zu sein, sich auf solche Verhandlungen einzulassen.

Von den Nationalsozialisten ist zwar eine Stellungnahme noch nicht bekannt geworden, doch hält man es in parlamentarischen Kreisen für möglich, daß auch diese mit diesem Verhandlungsweg sich einverstanden erklären werden. Bis zu der am Freitagmorgen abendräumten Ältestenratssitzung, in der nach Möglichkeit der Termin für die Wahl des Ministerpräsidenten festgesetzt werden soll, werden die meisten Parteien Gelegenheit haben, eine Klärung der preussischen Regierungsfrage herbeizuführen. Über die Person der in Aussicht genommenen Kandidaten wird strengstes Stillschweigen bewahrt. In gut unterrich-

teten Kreisen verlautet, daß der Vorsitzende der deutschnationalen Landtagsfraktion Preußen, Dr. Winterfeldt, die meisten Ansichten hat, auf diesen Posten berufen zu werden.

Sollte übrigens eine Einigung der preussischen Landtagsfraktionen über die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten zustandekommen, so wird nach wie vor davon gesprochen, daß die Reichsregierung dann einen Reichskommissar für Preußen einsetzen würde, der die Vollmachten haben soll, wie sie dem preussischen Ministerpräsidenten verfassungsmäßig zur Verfügung stehen. Es ist möglich, daß ein Mitglied der Reichsregierung diese Aufgabe übernehmen wird.

Streit um 100 Millionen.

Zwischen Vertretern der Reichsregierung und Vertretern der geschäftsführenden preussischen Staatsregierung fanden wichtige Besprechungen statt, die dazu dienen sollten, den 100-Millionen-Fehlbetrag im preussischen Haushalt auszugleichen. Die Reichsregierung war vertreten durch Reichskanzler von Papens und Reichsfinanzminister Graf v. Schwerin-Krosigk; die preussische Staatsregierung durch den Wohlfahrtsminister Hirsfelder, der an Stelle des Ministerpräsidenten Braun, der einen mehrwöchigen Urlaub angetreten hat, die Leitung der Staatsgeschäfte in Preußen übernommen hat, sowie den Finanzminister Klepper. Die Vertreter Preußens stellten auf dem Standpunkt, daß die Reichsregierung Brünning bei den damaligen Verhandlungen durch den heutigen Finanzminister Graf v. Schwerin-Krosigk, der auch im letzten Reichsfinanzministerium eine leitende Stellung innehatte, keine bindenden Zusicherungen gab. Es habe sich vielmehr lediglich um eine bedingte Zusage gehandelt, da noch gewisse Bürgschaften durch Preußen geleistet werden mußten. Die Verhandlungen seien infolgedessen nie endgültig abgeschlossen worden.

Um den Posten des preussischen Ministerpräsidenten.

Die NSDAP. fordert das Amt für sich.

Der preussische Pressediener der NSDAP. wendet sich gegen den deutschnationalen Abgeordneten v. Winterfeldt als Kandidaten für das Amt des preussischen Ministerpräsidenten. Es heißt in der Mitteilung: Ohne zu nennen, erklären wir Nationalsozialisten, daß wir für keinen deutschnationalen Ministerpräsidenten stimmen würden. Für die Nationalsozialisten komme nur die Kandidatur eines Nationalsozialisten zum Ministerpräsidenten in Frage. Die Nationalsozialisten lehnen es ab, ihre Stimme für irgendeinen anderen Kandidaten abzugeben.

Deutschlands Vertreter in Lausanne.

Der Reichskanzler und drei Minister.

Deutschland wird auf der am 16. Juni beginnenden Lausanner Konferenz durch den Reichskanzler von Papens, den Reichsaußenminister Freyler von Neurath, den Reichsfinanzminister Graf v. Schwerin-Krosigk und den Reichswirtschaftsminister Warmbold vertreten sein.

Außer den genannten Persönlichkeiten werden voraussichtlich Staatssekretär von Bülow und Staatssekretär Trendelenburg nach Lausanne reisen. In politischen Kreisen verlautet im Zusammenhang hiermit, daß der Reichsbankpräsident Dr. Luther gebeten werden wird, sich als Sachverständiger in Lausanne zur Verfügung zu stellen.

Vormittags in Genf — nachmittags in Lausanne.

Gleichzeitige Reparations- und Abrüstungsverhandlungen?

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, will das Präsidium der Konferenz zum 13. oder 14. Juni, somit unmittelbar vor der Lausanner Reparationskonferenz, einberufen. Ferner besteht die Absicht, gleichzeitig mit der Lausanner Konferenz im Rahmen der Abrüstungskonferenz im Hauptauschuß die großen Abrüstungsfragen in Angriff zu nehmen. Unter diesen Umständen soll vormittags in Genf und nachmittags in Lausanne verhandelt werden. Auf diese Weise würde praktisch eine gleichzeitige Behandlung der Abrüstungs- und Reparationsfragen stattfinden.

führung der Abrüstungskonferenz werden Ende dieser oder Anfang nächster Woche erwartet. Die Arbeiten der technischen Ausschüsse, die ausschließlich den Auftrag hatten, die Angriffswaffen zu bestimmen, oder internationalisiert werden sollten, werden im Laufe dieser Woche abgeschlossen. Das Ergebnis ist völlig negativ, da die Ausschüsse zu einer einseitigen Bestimmung der Angriffswaffen nicht gelangt sind. Die Konferenz wird daher jetzt zu entscheiden haben, ob nicht die gesamten Arbeiten auf eine neue Grundlage gestellt werden müssen.

Völlig ungeklärt ist die Frage, ob jetzt im Hinblick auf die Lausanner Konferenz eine Unterbrechung der Arbeiten stattfindet oder ob die Arbeiten bis zur Sommerpause im Juli weitergeführt werden sollen, um die bisher noch nicht behandelte deutsche Forderung auf Anerkennung der Gleichberechtigung und die französische Forderung auf Internationalisierung in Angriff zu nehmen. Die Abrüstungskonferenz gelangt jetzt an einen entscheidenden Wendepunkt, da sowohl über die rein formale Weiterführung der Arbeiten als auch über die gesamten materiellen Grundlagen entschieden und ein Ausweg aus der völlig festgefahrenen Lage gefunden werden muß.

In internationalen Kreisen nimmt man an, daß die Lausanner Konferenz nur von kurzer Dauer sein und das Schwerkraft der ursprünglich in Lausanne zur Verhandlung vorgesehenen großen wirtschafts- und handelspolitischen Fragen auf die kommende Londoner Weltkrisenkonferenz verlagert werden wird. Die Lausanner Konferenz wird allgemein nur als die erste vorbereitende Etappe für die kommende Weltkrisenkonferenz angesehen.